

Kommentar zur Zeit

Gefahr einer sich anbahnenden Opioid-Krise in der Schweiz

Eine Studie von Hooijman MF, Martinez-De la Torre A, Weiler S, Burden AM (Opioid sales and opioid-related poisonings in Switzerland: a descriptive population-based time-series analysis. The Lancet Regional Health – Europe, online publiziert am 27. 6. 2022) von der ETH Zürich im Bereich Pharmazie hat aufgezeigt, dass die Vergiftungsfälle bei verschreibungspflichtigen opioidhaltigen Medikamenten in den letzten 20 Jahren in der Schweiz um 177% zugenommen haben. Derzeit ist etwa die Hälfte der suchtkranken Menschen von verschreibungspflichtigen Opioiden abhängig. Die ETH- Studie bemängelt, dass das wahre Ausmass der opioidabhängigen Menschen in der Schweiz aufgrund von fehlenden Daten nicht genau bekannt ist. Die Forscherinnen konnten aber nachweisen, dass die Verschreibungspraxis der Schweizer Ärzteschaft viel lascher geworden ist. «Die Situation ist nicht zu unterschätzen», sagt Andrea Burden im «Tages-Anzeiger» vom 23. Juni 2023. Sie ist Professorin an der ETH Zürich, deren Forschungsgruppe die Opioid-Abgabe untersucht hat. Auch der Suchtexperte Marc Vogel von den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel warnt vor einer sich abzeichnenden Opioid-Welle in der Schweiz, wenn nichts dagegen unternommen wird.

Suchtkrankheiten schaffen viel Leid, nicht nur bei den Abhängigen selbst, sondern auch in ihrem Umfeld, bei den nächsten Angehörigen, Freunden und auch am Arbeitsplatz. Besonders betroffen sind Kinder von suchtkranken Eltern. Michelle Halbheer hat ihre Erfahrungen als Kind einer drogenkranken Mutter in ihrem berührenden Buch «Platzspitzbaby» beschrieben. Für Betroffene hat sie den Verein «Löwenzahn» als Anlaufstelle mitgegründet (<https://www.loewenzahnkinder.com>). Derzeit leben gemäss einem Bericht des «Tages-Anzeigers» vom 28. 6. 2023 4000 Kinder von drogenabhängigen Eltern in der Schweiz. Gut die Hälfte von diesen sind abhängig von verschreibungspflichtigen Medikamenten.

Opioid-Krisen entstehen durch ein verhängnisvolles Zusammenspiel verschiedenster Akteure, von den politischen Regulierungsbehörden, welche von der Pharmaindustrie stark lobbiiert werden, über die Krankenkassen, die bei Schmerzpatientinnen und -patienten die billigere Behandlungsvariante mit einer Pille aufwendigen Psychotherapien vorziehen, bis hin zu einzelnen Ärztinnen und Ärzten, die Opiode leichtfertig verschreiben und deren Suchtpotential unterschätzen. In den USA sind in den letzten zwanzig Jahren eine halbe Million Menschen aufgrund von verschreibungspflichtigen Schmerzmedikamenten verstorben. Das sind mehr Menschen als im Zweiten Weltkrieg für die USA gefallen sind. Um 4000 Haftpflichtklagen zu entgehen, haben 2021 Pharmafirmen einem Vergleich von 26 Milliarden Dollar zugestimmt. Die Macht der Pharmafirmen und ihre Nähe zu den Behörden wird auch in Ärztekreisen immer wieder kritisiert (Schweizerische Ärztezeitung: 2023;104[26]:10–13).

Erfreulich ist, dass z. B. die Deutsche Schmerzgesellschaft die Leitlinien zur Abgabe von opioidhaltigen Schmerzmitteln in Anbetracht der amerikanischen Opioid-Krise 2020 angepasst hat, und auch in der Schweizer Ärzteschaft wächst das Bewusstsein der Problematik rund um die Schmerzmittelabgabe. Schmerzen und besonders chronische Schmerzen können die Lebensqualität stark einschränken. Opiode bringen hier rasch Linderung und sind gerade bei Krebspatientinnen und Krebspatienten am Lebensende unverzichtbar. Die Schmerzbekämpfung verlangt von Arzt und Patient eine sorgfältige Therapieabklärung. Gerade weil Schmerz ein komplexes Phänomen ist, sei auch eine interdisziplinäre Patientenabklärung unabdingbar, meinen der Palliativmediziner Jan Gärtner und der Kardiologe Otmar Pfister in einem Interview in der «Schweizerischen Ärztezeitung» (2023;104[26]:10–13). Opiode haben gerade in der Palliativmedizin oder nach chirurgischen Eingriffen eine sehr wichtige Funktion. Es ist denn auch dafür zu sorgen, dass Patientinnen und Patienten ausreichend opioidhaltige Schmerzmittel bekommen, wenn sie sie wirklich brauchen und andere Mittel zur Schmerzbekämpfung ausgeschöpft sind. Wegen ihres grossen Suchtpotentials ist die Indikation für Opiode sehr sorgfältig und vermehrt auch interdisziplinär festzustellen.

Bei verschreibungspflichtigen Medikamenten steht die Ärzteschaft in einer besonderen Verantwortung. Die Opioid-Krise in den USA war letztlich nur möglich, weil es willfähige Ärztinnen und Ärzte gab, die bereit waren, entgegen ihrem Berufsethos zu handeln, und sich von aggressiven Werbekampagnen der Pharmaindustrie verführen liessen. Ihnen ging es nicht um Ethik, sondern um «Monetik». Dieses Phänomen der Fehlbehandlungen aus monetären Gründen beschränkt sich nicht auf die Opioid-Abgabe, sondern grassiert

auch sonst im Gesundheitswesen und gefährdet damit das Vertrauen in den Berufsstand der Ärzteschaft. Dieses Fehlverhalten kommt die Gesellschaft menschlich und finanziell teuer zu stehen. Mit dem Projekt «Schweizer Medizin Eid» setzt sich die Stiftung Dialog Ethik für eine gute Indikationsqualität ein, um Fehlbehandlungen zu reduzieren. Es wurde 2022 in den Verein «Schweizer Medizin Eid» ausgegliedert (<http://schweizer-eid.ch>). Dieser setzt sich für eine gute Medizin mit hoher Indikationsqualität ein und wendet sich gegen einseitiges Wirtschaftlichkeitsdenken in der Medizin. Das Patientenwohl soll im Zentrum ärztlichen Handelns stehen und das ärztliche Handeln leiten.

Dr. theol. Ruth Baumann-Hölzle
Institutsleiterin

4. Juli 2023